

## Zwischen Tradition und Traditionsbildung

### Die CSU auf dem Weg zur Hegemonialpartei 1945 bis 1976

#### I.

Ein Mitglied der bayerischen Staatsregierung, so weiß die Überlieferung zu berichten, konnte angesichts des unerwartet hohen Sieges der CSU bei der Bundestagswahl im September 1957 seine Überraschung nicht verbergen und kommentierte die 57,2 Prozent<sup>1</sup> seiner Partei mit den Worten: „Ich wusste gar nicht, dass es so viele ‚Schwarze‘ in Bayern gibt.“<sup>2</sup> Karl Theodor Freiherr von Guttenberg<sup>3</sup>, der als Abgeordneter eines oberfränkischen Wahlkreises erstmals in den Bundestag einzog, nahm diesen Ausspruch zum Anlass für eine bissige Glosse in der „Deutschen Tagespost“. Er könne diesen Herrn beruhigen, schrieb er, so viele „Schwarze“, also Sympathisanten einer dezidiert christlich-konservativen Politik, gebe es in Bayern tatsächlich nicht. Und wenn sich die CSU lediglich auf ihre weltanschaulich festgelegte Anhängererschaft verlasse, sei der Erfolg vom September 1957 bei der bevorstehenden Landtagswahl nicht zu wiederholen. Dies könne nur dann gelingen, wenn sie die Chance nutze, die „neugewonnenen Bundesgenossen“ aus den Reihen der Jungwähler, der Arbeitnehmer und der evangelischen Christen dauerhaft an die Partei zu binden. Dazu sei es jedoch nötig, die Furcht zu überwinden, die CSU sei in der Gefahr, „liberalisiert und aufgeweicht zu werden“, und der Überzeugung abzuschwören, Kulturpolitik sei als „das eigentliche und ausfüllende und das dem Christen alleine gemäße Feld politischer Betätigung anzusehen“.

Als Guttenberg diese Zeilen schrieb, stand es noch keineswegs fest, dass sich die CSU zur „bayerischen Staats- und Hegemonialpartei“ entwickeln sollte.<sup>4</sup> Die Gräben, die die erbitterten Führungs- und Flügelkämpfe der ersten Nachkriegsjahre aufgerissen hatten, waren noch nicht wieder zugeschüttet, von einem schlagkräftigen Parteiapparat war wenig zu sehen, die Bayernpartei, aber auch der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) konkurrierten mit der CSU um Wählerstimmen aus dem bürgerlichen Lager, konfessionelle Konflikte

1 Alle Wahlergebnisse nach Gerhard A. Ritter, Merith Niehuss, Wahlen in Deutschland 1946-1991. Ein Handbuch, München 1991, S. 121, S. 147 und S. 174f.

2 Zitiert nach: Karl Theodor Freiherr von Guttenberg, Wieviel „Schwarze“ gibt es?, in: Deutsche Tagespost vom 15.10.1957, S. 3; das Folgende nach diesem Artikel.

3 Karl Theodor Freiherr von Guttenberg (1921-1972), kath., Gutsbesitzer und Politiker, 1952-1957 Landrat in Stadtsteinach, 1957-1972 MdB (CSU), 1967-1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

4 Alf Mintzel, Regionale politische Traditionen und CSU-Hegemonie in Bayern, in: Dieter Oberndörfer, Karl Schmitt (Hg.), Parteien und regionale Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991, S. 125-180, hier S. 126.

bedrohten wiederholt den Zusammenhalt der Union, und es war noch nicht einmal drei Jahre her, dass die CSU von einer Koalition unter Führung der SPD auf die Oppositionsbänke des Maximilianeums verbannt worden war. Die CSU sah sich in diesen Jahren einem tiefgreifenden Strukturwandel ausgesetzt und hatte erst ein Stück des Weges von einer bayerisch-katholisch geprägten Honoratiorenpartei, die in vielem an die 1933 untergegangene Bayerische Volkspartei (BVP) erinnerte, zu einer modernen Volkspartei mit bundespolitischem Anspruch zurückgelegt. Trotz des Wahlerfolgs vom September 1957 war die Situation also vergleichsweise offen, und die CSU sollte noch mehr als zehn Jahre brauchen, bis es ihr gelang, „die konservative Bastion Bayern [...] zu einer geschlossenen Gesamt-Hochburg“ auszubauen.<sup>5</sup> Sichtbarer Ausdruck für diese Entwicklung waren Wahlergebnisse, die in einer gefestigten Demokratie mit einem stabilen Parteiensystem nicht gerade an der Tagesordnung sind: So verbuchte sie bei der Landtagswahl 1974 sensationelle 62,1 Prozent der Stimmen und verfehlte die Zwei-Drittel-Mehrheit im bayerischen Landtag nur um wenige Mandate.<sup>6</sup> Diese hegemoniale Stellung trug viel zum bekannten, zuweilen an Arroganz grenzenden Selbstbewusstsein der CSU bei und ließ die politischen Gegner resignieren. Nach der herben Niederlage der SPD bei der Landtagswahl im September 1998 fiel ihrer Landesvorsitzenden Renate Schmidt wenig mehr ein, als die CSU zu einer Art unbesiegbaren Leviathan zu stilisieren.<sup>7</sup>

Die CSU gilt heute vielfach als eine Art bayerisches Mirakel, und es ist fast in Vergessenheit geraten, dass diese so sieggewohnte Partei nicht immer so erfolgreich war, ja dass es eine Zeit gab, in der ihr Schicksal auf des Messers Schneide stand. Der vorliegende Beitrag ist daher als problemorientierter Überblick über die Geschichte der CSU von den krisenhaften Anfängen nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Konflikt um die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU nach der Bundestagswahl 1976 gedacht. Dabei gilt es vor allem, nach den Rahmenbedingungen und politischen Strategien zu fragen, die es der CSU ermöglicht haben, als einzige der 1945 gegründeten Regionalparteien nicht nur zu überleben, sondern sich auch als fester Bestandteil des deutschen Parteiensystems zu etablieren. Zunächst werde ich daher versuchen, die Geschichte der CSU zwischen 1945 und 1976 in fünf Phasen einzuteilen und diese kurz zu skizzieren. Dann folgt als eine Art Kontrastprogramm ein knapper Exkurs in die Geschichte der bayerischen SPD, um zu zeigen, dass die Sozialdemokratie im Freistaat nicht als Verliererin geboren worden war, und um die wichtigsten Gründen für ihren Niedergang in den siebziger Jahren zu benennen. Ein kurzer Blick auf die Forschungslage schließt den Aufsatz ab, wobei es weniger um die Schwerpunkte der Forschung geht als um ihre Defizite.<sup>8</sup>

5 Alf Mintzel, Die Christlich-Soziale Union in Bayern, in: ders., Heinrich Oberreuter (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1990, S. 199-236, hier S. 227.

6 Vgl. Alf Mintzel, Die Bayerische Landtagswahl vom 27. Oktober 1974. Triumph einer konservativen Partei: Ein wahlsoziologischer Sonderfall?, in: Reinhold Bocklet (Hg.), Das Regierungssystem des Freistaates Bayern, Bd. 2: Beiträge, München 1979, S. 259-278.

7 Vgl. dazu die Berichterstattung zur Landtagswahl in Bayern am 13.9.1998, bei der die CSU mit 52,9 Prozent der Stimmen überraschend gut und die SPD mit 28,7 Prozent überraschend schlecht abgeschnitten hat, in der Süddeutschen Zeitung vom 14.9. und 15.9.1998.

8 Umfassend dazu Alf Mintzel, Die CSU in Bayern als Forschungsobjekt – Entwicklung, Stand, Defizite und Perspektiven der CSU-Forschung, in: Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hg.), Stand und Per-

„Zwischen Tradition und Traditionsbildung“ – der Titel dieses Beitrags verweist auf die These, dass die Union in Bayern 1945 an bestimmte Strukturen und Dispositionen anknüpfen konnte, die ihren politischen Erfolg begünstigten, aber zugleich begrenzten. Um diese Grenzen zu überwinden und um die CSU wirklich zur interkonfessionellen bayerischen „Staatspartei und Ordnungspartei“<sup>9</sup> zu machen, als die sie sich schon früh verstanden hat, war es unter anderem notwendig, historischen Ballast abzuwerfen, Symbole zu okkupieren und alten Begriffen einen neuen Inhalt zu geben. Die CSU hat es, mit anderen Worten, geschickt verstanden, ein neues Bild von sich und von Bayern zu zeichnen, ein Bild, in dem Land und Partei zu einer Einheit verschmelzen und in dem die CSU als einzig legitime Vertreterin bayerischer Interessen erscheint. Dieser Prozess, den man mit Eric Hobsbawm als „Invention of Tradition“ beschreiben könnte,<sup>10</sup> setzte etwa 1955 ein, entfaltete aber erst in den in den sechziger und siebziger Jahren seine ganze Dynamik.

## II.

Die Aufrufe, eine nichtsozialistische, interkonfessionelle Sammlungspartei zu gründen, die im Sommer 1945 in ganz Deutschland zu hören waren, blieben auch in Bayern nicht ohne Wirkung. Aus zahlreichen über das Land verstreuten Zirkeln ging schließlich die CSU hervor, eine echte Neugründung,<sup>11</sup> für die es keine Vorbilder gab, deren Frühgeschichte aber in besonderer Weise im „Spannungsfeld zwischen Tradition und Neuorientierung“ stand.<sup>12</sup> Bayern war trotz des egalisierenden Drucks des NS-Regimes nach wie vor stark regional und konfessionell fragmentiert. Diese Spannungslinien zwischen den katholischen Regierungsbezirken im Süden und den protestantischen Regionen im Norden verweisen auf den komplexen Entstehungsprozess des modernen Bayern in der napoleonischen Ära, als das alte katholische Kurfürstentum mit vielen Trümmern des Alten Reiches zu einem neuen Staatswesen verschmolzen wurde.<sup>13</sup> Die unterschiedlichen historisch-politischen Traditionen der verschiedenen Landesteile traten etwa bei Wahlen immer wieder zu Tage und verloren ihre Wir-

spektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 81-118, und Thomas Schlemmer, Die aufsässige Schwester. Forschungen und Quellen zur Geschichte der Christlich-Sozialen Union 1945-1976, in: Historisch-Politische Mitteilungen der Konrad-Adenauer-Stiftung 6 (1999), S. 287-324.

9 Emil Muhler, Die ideologischen Grundlagen der CSU, in: Politisches Jahrbuch der CSU 1954, S. 13-32, hier S. 25.

10 Vgl. dazu Eric Hobsbawm, Inventing Traditions, in: ders., Terence Ranger (Hg.), The Invention of Tradition, Cambridge 1994, S. 1-14. Hobsbawm gab folgende Definition (ebenda, S. 1): „Invented tradition‘ is taken to mean a set of practices, normally governed by overtly or tacitly accepted rules and of a ritual or symbolic nature, which seek to inculcate certain values and norms of behaviour by repetition, which automatically implies continuity with the past.“

11 Vgl. Winfried Becker, Gründung und Wurzeln der Christlich-Sozialen Union, in: Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, Grünwald 1995, S. 69-107.

12 Mintzel, CSU, in: ders., Oberreuter (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik, S. 199.

13 Zu den bayerischen Traditionszonen vgl. Alf Mintzel, Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977, S. 29-34.

kungsmächtigkeit erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dennoch gab es in Bayern ein ausgeprägtes Staatsbewusstsein und – damit verbunden – seit der Reichsgründung von 1871 Parteien, die vor allem die bayerische Eigenständigkeit auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Die bekannteste von diesen Parteien war die 1918 gegründete Bayerische Volkspartei, ein weiß-blau eingefärbter Spross des politischen Katholizismus<sup>14</sup>, der auch viele prominente Mitbegründer der CSU angehört hatten. Diese Traditionen boten einer christlichen Partei bayerisch-konservativer Prägung – zumal südlich der Donau – große Chancen, sie führten aber auch dazu, dass die Unionsidee in Bayern von Anfang an eine spezifische Färbung hatte. Denn dem Konzept einer interkonfessionellen Sammlungspartei stand das Konzept eines Blocks aus allen katholisch-bayerischen Kräften gegenüber<sup>15</sup>, die noch in der Weimarer Republik getrennte Wege gegangen waren.<sup>16</sup> Diese gegensätzlichen strategischen Optionen, für die so schillernde Persönlichkeiten wie Josef Müller<sup>17</sup> und Alois Hundhammer<sup>18</sup> standen, führten in den ersten Nachkriegsjahren zu erbitterten Konflikten, die sich zunächst um die Rolle der BVP in der Weimarer Republik drehten, schon 1946 aber in Auseinandersetzungen um die Stellung Bayerns in einem künftigen deutschen Staatswesen und um die Rolle der CSU in der Union mündeten.<sup>19</sup>

Dennoch errang die CSU 1946 Wahlsieg um Wahlsieg. Bei den Wahlen in Gemeinden mit bis zu 20.000 Einwohnern am 27. Januar erhielt sie keine drei Wochen nach ihrer landesweiten Lizenzierung mit 43,6 Prozent mehr als doppelt so viele Stimmen wie die SPD, die sich als zweitstärkste Kraft mit nur 16,6 Prozent begnügen musste. Als drei Monate später die Kreistage gewählt wurden, konnte die CSU ihren Stimmenanteil auf 67,9 Prozent ausbauen, während die SPD mit 22,9 Prozent noch weiter hinter die bayerische Unionspartei zurückfiel. Aber auch bei den Wahlen in den Stadtkreisen und Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern am 26. Mai 1946 wurde die CSU – wenn auch mit deutlich geringerem Vorsprung – stärkste Partei; sie konnte 45,1 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen und überflügelte die SPD (38 Prozent) erneut. Am 30. Juni war die Bevölkerung Bayerns erstmals seit 1932 wieder aufgerufen, eine landesweite parlamentarische Vertretung in freier Wahl zu bestimmen, und auch diese Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung konnte die

14 Vgl. Klaus Schönhoven, *Die Bayerische Volkspartei 1924-1932*, Düsseldorf 1972.

15 Vgl. Alf Mintzel, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei*, Opladen 1975, S. 226f.

16 Vgl. dazu Hannsjörg Bergmann, *Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928*, Berlin 1986.

17 Dr. Josef Müller (1898-1979), kath., Rechtsanwalt, BVP-Mitglied, 1939 als Offizier zur Abwehr einberufen, Kurier der Militäropposition, 1943-1945 in Haft, 1945-1949 zunächst vorläufiger Landesvorsitzender, dann Landesvorsitzender der CSU, 1946-1962 MdL (CSU), 1947-1952 bayerischer Justizminister.

18 Dr. Dr. Alois Hundhammer (1900-1974), kath., Volkswirt und Historiker, 1932/1933 MdL (BVP), nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1946-1970 MdL (CSU), 1946-1951 Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, 1946-1950 bayerischer Kultusminister, 1951-1954 Präsident des bayerischen Landtags, 1957-1969 bayerischer Landwirtschaftsminister.

19 Vgl. Thomas Schlemmer, *Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955*, München 1998, S. 90-118.

CSU mit 58,3 Prozent der Stimmen vor der SPD mit 28,8 Prozent gewinnen.<sup>20</sup> Zwar glich dieser Vertrauensvorsprung für eine Partei, die ihre Integrationskraft und Regierungsfähigkeit erst noch unter Beweis stellen mußte, einem unsicheren Wechsel auf die Zukunft, aber die Wahlsiege der CSU zeigten auch, wie groß das Potential für eine liberal-konservative, christlich-interkonfessionelle Sammlungspartei in Bayern war und wie attraktiv die Unionsidee auf die von Krieg und Diktatur verunsicherten Menschen wirkte.

Es gelang jedoch nicht, die verschiedenen Gruppierungen, die sich in der CSU zusammengefunden hatten, dauerhaft zu verklammern und die tiefen Gräben zwischen Altbayern und Franken oder Katholiken und Protestanten zuzuschütten, zumal der antinationalsozialistische Gründungsimpuls des Jahres 1945 mehr und mehr seine Integrationskraft zu verlieren begann.<sup>21</sup> Dies zeigte sich besonders drastisch bei der ersten Bundestagswahl im August 1949, als die CSU nur noch auf 29,2 Prozent der Stimmen kam und gegenüber dem Ergebnis der Landtagswahl vom Dezember 1946 mehr als 23 Prozent verlor.<sup>22</sup> Die Gründe für dieses Debakel sind vielfältig; zu nennen sind etwa die andauernden Führungs- und Flügelkämpfe, die die Partei mehr als einmal an den Rand der Spaltung gebracht hatten, der Zusammenbruch des Parteiapparats im Zuge der Währungsreform oder die hitzige Debatte über die bayerische Frage und den föderalistischen Gehalt des Grundgesetzes, die die Öffentlichkeit seit 1948 zunehmend aufwühlte. Zu nennen sind aber auch Gründe, die über die Grenzen des Freistaats hinausweisen und meist nicht zur Kenntnis genommen werden. Die Rede ist hier von bestimmten besatzungspolitisch bedingten Ungleichzeitigkeiten, die die CSU in besonderer Weise betrafen. Die amerikanische Militärregierung machte keinen Hehl aus ihrem Interesse an einem stabilen Parteiensystem. Daher schützte sie die CSU in den ersten Jahren, indem sie bürgerlich-konservative Konkurrenzparteien verbot oder gar nicht erst lizenzierte. Während es in Bayern also zunächst für viele Wähler keine Alternative zur CSU gab, sah sich die Union in der britischen Besatzungszone von Anfang an unliebsamen Gegnern wie dem Zentrum oder der Deutschen Partei gegenüber, die ihr erfolgreich Wählerstimmen streitig machten. Die CSU war dieser Situation erst seit 1948 ausgesetzt, als die Militärregierung der Bayernpartei eine Lizenz erteilte. Eine andere Entwicklung setzte jedoch in Bayern früher ein als in den anderen westdeutschen Ländern, so daß die CSU bei der Bundestagswahl 1949 gleichsam zwischen zwei Mahlsteinen zerrieben zu werden drohte. Denn nur in Bayern stellte sich – wenn auch verdeckt – eine Flüchtlingspartei zur Wahl, die ebenfalls viele Wähler band, die zuvor der CSU ihre Stimme gegeben hatten. In den anderen Ländern hatten dies die Besatzungsbehörden verhindert; dort musste sich die Union erst 1950 und 1951 bei den Landtagswahlen mit dem BHE herumschlagen.

20 Eine Tabelle mit allen bayerischen Wahlergebnissen des Jahres 1946 ist abgedruckt in: Wolfgang Benz (Hg.), Neuanfang in Bayern 1945-1949. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit, München 1988, S. 35.

21 Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 29-44.

22 Vgl. hierzu und zum Folgenden ebenda, S. 339-364.

Das Jahr 1949 brachte aber nicht nur die verheerende Wahlniederlage, sondern mit dem Sturz Josef Müllers und der Wahl Hans Ehards<sup>23</sup> zum Landesvorsitzenden im Mai auch die erste große Zäsur in der Geschichte der CSU. Der Straubinger Parteitag war deshalb ein tiefer Einschnitt,<sup>24</sup> weil mit der Entscheidung über den künftigen Vorsitzenden auch eine Richtungsentscheidung verbunden war. Der Sturz Müllers bedeutete eine klare Niederlage der christlich-interkonfessionellen Kräfte gegen die katholisch-konservativen Hardliner, und diese Niederlage hatte Folgen. Während prominente Mitbegründer der CSU aus dem liberalen oder protestantischen Lager die Partei verließen, stieg eine ganze Reihe von bekannten Politikern der 1933 untergegangenen BVP in politische Spitzenämter auf. Um nur die drei bekanntesten zu nennen: Mit Fritz Schäffer<sup>25</sup> avancierte der langjährige BVP-Vorsitzende zur Schlüsselfigur der CSU auf der Bonner Bühne, Alois Hundhammer wurde Präsident des bayerischen Landtags und der Bamberger Domkapitular Georg Meixner<sup>26</sup> übernahm den Vorsitz der einflussreichen CSU-Landtagsfraktion.

Mit diesen Personalentscheidungen geriet auch die Sammlungsidee des Jahres 1945 in ein schiefes Licht. So erklärte Alois Hundhammer im Oktober 1949, der Name Christlich-Soziale Union „sei nicht populär genug“<sup>27</sup>, und übte noch im Januar 1952 Kritik an den Idealen der Gründungsphase, als man versucht habe, „den links stehenden Sozialisten und den rechts stehenden Arbeitgeber unter einen Regenschirm zu bringen.“ Der „Bogen der CSU“ sei 1945 „zu weit gespannt worden, deshalb seien Abwanderungen notwendig gewesen“<sup>28</sup>. Hundhammer machte keinen Hehl daraus, dass er es für wichtiger hielt, mit der Bayernpartei zu einem modus vivendi zu kommen als die verbliebenen evangelischen Christen bei der CSU zu halten. Dass diese Neuinterpretation des Unionsgedankens zu massiven Auseinandersetzungen führen musste, liegt auf der Hand. Anfangs waren sich Katholiken und Protestanten in der CSU mit viel Verständnis begegnet, doch der gute Wille der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde zunehmend von Enttäuschung und Misstrauen verdrängt, so dass es in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre wiederholt zu konfessionell bedingten Konflikten kam, die die

23 Dr. Hans Ehard (1887-1980), kath., Jurist, BVP-Mitglied, 1945/46 Staatssekretär im bayerischen Justizministerium, 1946-1954 und 1960-1962 bayerischer Ministerpräsident, 1946-1966 MdL (CSU), 1949-1955 Landesvorsitzender der CSU, 1954-1960 Präsident des bayerischen Landtags, 1962-1966 bayerischer Justizminister.

24 Zu den Entscheidungen des Straubinger Parteitags und ihrer Vorgeschichte vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 292-329.

25 Fritz Schäffer (1888-1967), kath., Jurist, 1920-1933 MdL (BVP), 1929-1933 BVP-Vorsitzender, 1931-1933 als Staatsrat mit der Führung der Geschäfte des bayerischen Finanzministeriums beauftragt, nach 1933 wiederholt vorübergehend verhaftet, 1945 bayerischer Ministerpräsident, 1949-1961 MdB (CSU), 1949-1957 Bundesfinanzminister, 1957-1961 Bundesjustizminister.

26 Georg Meixner (1887-1960), kath., Priester, 1932/33 MdL (BVP), seit 1941 Domkapitular in Bamberg, 1946-1958 MdL (CSU), 1951-1958 Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion.

27 Bayerisches Hauptstaatsarchiv (=BayHStA), Nachlass (=NL) Ehard 102, Protokoll der Tagung der Bezirksvorsitzenden am 28.10.1949 vom 7.11.1949.

28 Bayerische Staatsbibliothek (=BSB), NL Schwend 48, Notiz über eine Grundsatzrede Alois Hundhammers vor der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Publizisten, undatiert (vermutlich am 19.1.1952).

CSU in ihren Grundfesten erschütterten.<sup>29</sup> Einer der führenden evangelischen Christen in der CSU, der stellvertretende Parteivorsitzende Karl Sigmund Mayr<sup>30</sup>, zog im September 1952 eine niederschmetternde Bilanz. Im Protokoll einer Aussprache zwischen evangelischen Spitzenpolitikern der Unionsparteien heißt es:

„Was sich in Bayern auf dem Gebiet der Personalpolitik abspielt, bezeichnet Herr Mayr als tragisch. Das evangelische Franken würde planmäßig wirtschaftlich und politisch so abgeschnürt, daß es auf Dauer gesehen unerträglich würde, in der CSU zu arbeiten. [...] Die ganze Lage in Bayern kann in dem Satz zusammengefasst werden: ‚In Bayern marschiert die Gegenreformation‘. Vor 8 Wochen musste mit größter Mühe verhindert werden, daß die evang. Stadträte von Nürnberg, Erlangen und Bayreuth sich von der CSU lösten, um nach außen hin noch die Union aufrechtzuerhalten. Wahrscheinlich wird die Union aber in Bayern zerbrechen. [...] (Es besteht die Neigung, in Nordbayern die CDU mit evangelischem Kern aufzumachen.)“<sup>31</sup>

Trotz dieser massiven Probleme der CSU in den evangelisch geprägten Regionen Frankens fiel sie nicht auf den Stand der BVP zurück.<sup>32</sup> Die CSU konnte zumindest Brückenköpfe halten, von denen in späteren Jahren die Offensive zur politischen Durchdringung Nordbayerns ausgehen sollte. Von den Faktoren, die dafür verantwortlich waren, dass die CSU nicht zerbrach, seien zwei genannt: Zum einen die beharrliche Weigerung des Parteivorsitzenden Hans Ehard, die Unionsidee zugunsten einer wie auch immer gearteten Fusion mit der Bayernpartei aufzugeben<sup>33</sup>, und zum anderen die erfolgreiche Arbeit der CSU in Bonn. Die Landesgruppe der CSU hatte sich dort nicht nur erfolgreich gegen die CDU behauptet, sondern es auch verstanden, sich aus konfessionell oder kulturpolitisch motivierten Konflikten herauszuhalten.<sup>34</sup> Für Franz Josef Strauß<sup>35</sup> und viele andere Mitglieder der Landesgruppe war es zunächst einmal wichtig, Wahlen zu gewinnen. Dafür mussten aber auch Wähler aus dem evangelischen und liberalen Lager angesprochen werden, die erfahrungsgemäß allergisch auf eine Schul- und Kulturpolitik reagierten, die im Verdacht stand, allzu konservativ und einseitig konfessionell geprägt zu sein. Während es für Hundhammer und Meixner in dieser Frage keine Kompromisse geben konnte, war die Landesgruppe zu Zugeständnissen bereit,

29 Vgl. Schlemmer, *Aufbruch*, S. 412-431; zu katholischen Geistlichen in der CSU vgl. Dietmar Grypa, *Zur innerkirchlichen Diskussion um die politische Betätigung katholischer Geistlicher in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Helmut Flachenecker, Klaus Walter Littger (Hg.), *Beiträge zur Eichstätter Geschichte*. Bruno Appel zum 65. Geburtstag, Eichstätt 1999, S. 531-576.

30 Karl Sigmund Mayr (1906-1978), ev., Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, 1948/49 MdPR (CSU), 1950-1953 stellvertretender Landesvorsitzender der CSU.

31 Archiv für Christlich-Demokratische Politik (= ACDP), NL Ehlers 02/1, Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU am 29.9.1952.

32 Vgl. die exemplarische Analyse bei Schlemmer, *Aufbruch*, S. 65-69.

33 Vgl. Karl-Ulrich Gelberg, Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946-1954, Düsseldorf 1992, S. 345-361.

34 Vgl. Schlemmer, *Aufbruch*, S. 381-404.

35 Franz Josef Strauß (1915-1988), kath., Gymnasiallehrer, 1946-1948 Landrat in Schongau, 1948-1952 Generalsekretär der CSU, 1949-1978 MdB (CSU), 1952-1961 stellvertretender Landesvorsitzender der CSU, 1953-1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1955/56 Bundesatomminister, 1956-1962 Bundesverteidigungsminister, 1961-1988 CSU-Vorsitzender, 1966-1969 Bundesfinanzminister, 1978-1988 MdL (CSU), 1978-1988 bayerischer Ministerpräsident.

wenn dadurch der politische Erfolg sichergestellt werden konnte. Im Protokoll der Landesgruppensitzung vom 30. April 1954 heißt es:

„Der Vorsitzende [Franz Josef Strauß] weist auf die Gefahren hin, die aus einer Überbetonung kulturpolitischer Ziele für die Einheit der CDU/CSU entstehen können, und auf die Verluste, die bei einer zu starken Propagierung dieser Ziele im Wahlkampf zu erwarten wären. Die CSU sollte sich darüber im klaren sein, dass sie von einem großen Teil ihrer Wähler nicht um ihrer Kulturpolitik, sondern vielmehr um ihrer wirtschaftlichen und außenpolitischen Ziele willen gewählt worden sei. Es sei dazu erwiesen, dass evangelische Kreise alle kulturpolitischen Vorstöße mit größtem Misstrauen betrachten. [...] Die CSU müsste deshalb, ohne auf ihre weltanschaulichen Grundlagen zu verzichten, kulturpolitische Ziele nicht zum Mittelpunkt ihres Wahlprogrammes machen. Abg. Dr. Jaeger warnt umgekehrt davor, durch Vernachlässigung der Kulturpolitik die Stammwähler der CSU vor den Kopf zu stoßen und zu glauben, dass die liberalen Wähler [...] überhaupt zu halten wären. Außerdem könnte der Landtagswahlkampf im wesentlichen nur mit kulturpolitischen Fragen bestritten werden, weil Kulturpolitik das einzige Gebiet sei, in dem Bayern die alleinige Zuständigkeit hätte. Abgesehen davon, müsste einer Weltanschauungspartei wie der CSU die Kulturpolitik besonders am Herzen liegen, ja sie sei dazu vom Gewissen her verpflichtet. Abg. Kemmer stimmt dem letzten Satz des Abg. Dr. Jaeger zu und stellt fest, dass man Grundsätze nicht verleugnen darf, auch wenn man dabei Wähler verlieren sollte. [...] Abg. Wacher bedauert, dass in Bayern die Frage der Lehrerbildung jetzt an den Schluss der Wahlperiode gestellt worden sei und damit überhaupt eine so heikle Frage in den Wahlkampf komme. Er unterstreicht im übrigen die Ausführungen des Vorsitzenden. [...] Abg. Dr. Horlacher warnt davor, den Fehler der früheren Bayerischen Volkspartei zu wiederholen. [...] Der Vorsitzende stellt nochmals richtig, dass es keineswegs darum gehe, die christlichen Grundsätze aufzugeben, sondern sich einer solchen Mehrheit zu [ver]sichern, dass sie auch verteidigt werden könn[ten]. Man brauche Bundesgenossen, um die christlichen Staatsideale verwirklichen zu können. Kulturpolitik sei außerdem schwer zu verteidigen, da, wie es in Bayern der Fall ist, auf kulturpolitische[m] Gebiet viel zu wenig geschehen sei. Abg. Dr. Dollinger warnt auch ebenso wie der Abg. Unertl davor, kulturpolitische Fragen als Hauptwahlkampfpapare zu benutzen. Abg. Dr. Jaeger gibt zu, dass auf kulturpolitischem Gebiet in Bayern viel zu wenig geschehen sei, als dass man es erfolgreich verteidigen könne. Das dürfe aber nicht daran hindern, über die Grundsätze einer christlichen Kulturpolitik zu sprechen. [...] Abg. Kemmer stellt abschließend fest, dass der Landtagswahlkampf wohl nur mit den Erfolgen der Bundespolitik geführt werden kann.“<sup>36</sup>

Überhaupt war die Landesgruppe – zumal nach 1953 – eine Anlaufstelle für die Protagonisten einer umfassenden Parteireform, die sich um den jungen Franz Josef Strauß scharten. Diese Reformer wollten keine konfessionell geprägte Honoratiorenpartei, sondern sie versuchten, die CSU programmatisch für neue Wählerschichten zu öffnen und organisatorisch zu modernisieren. Daraus wurde jedoch bis Ende 1954 wenig; zu stark waren die Kräfte der Beharrung, zu schwer wogen die organisationspolitischen Versäumnisse der Parteiführung. Der Zerfall des Parteiapparats, der mit einem rapiden Mitgliederschwund einherging, hatte mit der Währungsreform im Juni 1948 begonnen. Der CSU fehlte fast schlagartig das Geld, um ihre hauptamtlichen Mitarbeiter in der Landesgeschäftsstelle, in den Bezirksgeschäftsstellen, aber vor allem in den zahlreichen Kreisgeschäftsstellen bezahlen zu können; die meisten mussten entlassen werden. Spenden blieben aus, aber auch die Einnahmen aus den Bei-

36 Archiv der CSU-Landesgruppe, Protokoll der Landesgruppensitzung am 30.3.1954.

trägen der Mitglieder gingen schlagartig zurück, zumal es nach dem Zusammenbruch des Parteiapparats nur noch wenige Aktivisten gab, die die fälligen Beiträge eingetrieben hätten.<sup>37</sup> August Haußleiter<sup>38</sup> brachte das Problem auf den Punkt: „Es herrscht ein *Circulus vitiosus*. Wir haben kein Geld, weil wir keine Organisation haben, und wir haben keine Organisation, weil wir kein Geld haben.“<sup>39</sup> Wie schlecht es um die CSU bestellt war, zeigt ein Blick auf die Mitgliederzahlen. Im Juni 1948 waren 85.310 Frauen und Männer bei der bayerischen Unionspartei eingeschrieben; als Hans Ehard im Mai 1949 das Amt des Landesvorsitzenden übernahm, zählte man nur noch 69.444 CSU-Mitglieder. Diese Entwicklung setzte sich in den folgenden Jahren in einer geradezu dramatischen Art und Weise fort. Der Tiefpunkt war Ende 1953 erreicht, als die Landesgeschäftsstelle einen Mitgliederstand von 32.985 melden musste; damit hatte die CSU in viereinhalb Jahren mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Diese Misere hatte jedoch nicht nur gravierende Auswirkungen auf die Parteifinancen, sondern prägte auch die innerparteiliche Willensbildung in spezifischer Weise. Die Legitimationsbasis war stellenweise so schmal, „dass die demokratische Selektion der Personen für öffentliche und parteiinterne Wahlämter wie die innerparteiliche Demokratie überhaupt zur Farce zu werden“ drohten.<sup>40</sup>

Ein strategisches Fenster für einen grundlegenden Umbau der Partei öffnete sich erst, als die CSU im Dezember 1954 trotz eines eindeutigen Wahlsieges in Bayern auf die harten Oppositionsbänke verbannt wurde.<sup>41</sup> Der Machtverlust löste in der CSU ein Erdbeben aus; Alf Mintzel hat zu Recht von einem „Wendepunkt“ in der Geschichte der Partei gesprochen.<sup>42</sup> Bislang unumstößliche Dogmen wurden nun hinterfragt, scheinbar unangreifbare Persönlichkeiten entmachtet. Der Zorn des Parteivolks traf insbesondere die katholisch-konservativen Kräfte um Alois Hundhammer, denen man vorwarf, sie hätten durch überzogene kulturpolitische Forderungen potentielle Koalitionspartner in die Arme der SPD getrieben. 1955 begann ein tiefgreifender innerparteilicher Elitenwechsel. Veteranen aus den Gründungstagen der CSU wurden durch Vertreter der jungen Generation ersetzt, die Zug um Zug in Spitzenpositionen aufstiegen.<sup>43</sup> Zumeist um 1915 geboren, waren sie flexibler und weniger

37 Zum Zusammenbruch des Parteiapparats im Zuge der Währungsreform und zu den vergeblichen Reorganisationsversuchen bis 1955 vgl. Schlemmer, *Aufbruch*, S. 242-279 und S. 440-474; die folgenden Zahlen finden sich ebenda, S. 456 f.

38 August Haußleiter (1905-1989), ev., Journalist, 1946-1954 MdL (bis 1949 CSU, dann Deutsche Gemeinschaft), 1948/49 stellvertretender CSU-Vorsitzender, im September 1949 Austritt aus der CSU, in den folgenden Jahren Aktivist rechts-nationalistischer Gruppierungen, 1980 Vorstandsmitglied der Partei „Die Grünen“, 1986/87 erneut MdL (Grüne) in Bayern.

39 Archiv für Christlich-Soziale Politik (= ACSP), CSU-LTF I/15-14, Protokoll der Fraktionssitzung am 12.10.1948.

40 Mintzel, *Anatomie*, S. 238. Dieser Befund für den Bezirksverband Schwaben lässt sich getrost auf die gesamte Partei übertragen.

41 Vgl. Heike Bretschneider, *Die Bildung der Viererkoalition. Die parteipolitische Konstellation in Bayern in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre*, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 41 (1978), S. 999-1038.

42 Mintzel, *Geschichte*, S. 67.

43 Zur Reorganisation der CSU seit 1955 vgl. Mintzel, *Anatomie*, S. 285-300, und das Kapitel bei Hans Ferdinand Groß, Hanns Seidel 1901-1961. Eine politische Biographie, München 1992, S. 116-177.

auf weltanschauliche Positionen festgelegt als ihre Ziehväter. Macht ging ihnen über Prinzipien, so dass sie zu Kompromissen bereit waren, für die es in der CSU zuvor keine Mehrheit gegeben hätte. So ließ sich eine Reihe von Problemen lösen, die die bayerische Politik lange Jahre schwer belastet hatten. Die neue Parteiführung gruppierte sich um Hanns Seidel<sup>44</sup>, einen erfahrenen Parteigänger Josef Müllers, seine Stellvertreter Franz Josef Strauß und Rudolf Eberhard<sup>45</sup> sowie den 29-jährigen Generalsekretär Friedrich Zimmermann.<sup>46</sup> Hier waren zweifellos die interkonfessionellen und liberalen Kräfte in der CSU zum Zuge gekommen, während der katholisch-konservative Flügel ins zweite Glied verdrängt worden war.

Das Hauptziel der neuen Parteiführung war der Sturz der sozialdemokratisch geführten Landesregierung. Um dieses Ziel zu erreichen, setzte sie auf eine grundlegende organisatorische Modernisierung der Partei, die sich seit 1946 auf das Korsett der staatlichen Bürokratie hatte stützen können, auf den verstärkten Kampf gegen die Bayernpartei<sup>47</sup> und auf eine programmatische Öffnung der CSU, um Wähler zu gewinnen, die sich bisher für die FDP oder für Flüchtlingsparteien entschieden hatten. Diese Bemühungen waren erstaunlich rasch von Erfolg gekrönt: 1957 feierte die CSU bei der Bundestagswahl mit mehr als 57 Prozent der Stimmen einen grandiosen Sieg. Offensichtlich griff das Konzept, neue Wähler an die CSU zu binden, ohne die traditionelle Anhängerschaft allzu sehr vor den Kopf zu stoßen, zumal die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen außerordentlich günstig waren. Auch wenn die Bundestagswahl für die Mehrheiten im Landtag ohne Bedeutung war, zerbrach die Koalition unter dem Eindruck des Wahlergebnisses, und Hanns Seidel konnte eine neue Regierung bilden.

Der Strukturwandel der CSU, der 1955 eingesetzt hatte, ging in den folgenden Jahren weiter. Es war vor allem Generalsekretär Zimmermann, der den Grundstein für einen schlagkräftigen Parteiapparat legte und den weiteren Zerfall des Mitgliederstammes stoppte. Als Zimmermann 1963 sein Amt an Anton Jaumann übergab, zählte die bayerische Unionspartei immerhin wieder 56.000 Mitglieder<sup>48</sup> und verfügte auf der Ebene der Bundeswahlkreise erstmals seit 1948 wieder über ein Netz an hauptamtlich besetzten Geschäftsstellen in ganz Bayern. Die Krise des Jahres 1955 wirkte so als Katalysator für die Erneuerung und zwang die CSU früher zu einer grundlegenden Neuorientierung als die CDU, die sich erst in den sechziger Jahren vom Image

44 Dr. Hanns Seidel (1901-1960), kath., Rechtsanwalt, BVP-Mitglied, nach 1933 kurzzeitige Flucht ins Ausland, 1945-1947 Landrat in Aschaffenburg, 1946-1961 MdL (CSU), 1947-1954 bayerischer Wirtschaftsminister, 1955-1960 bayerischer Ministerpräsident, 1955-1961 Landesvorsitzender der CSU.

45 Rudolf Eberhard (1914-1998), ev., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1947-1957 Landrat in Ebermannstadt, 1950-1974 MdL (CSU), 1954-1964 stellvertretender Landesvorsitzender der CSU, 1957-1964 bayerischer Finanzminister.

46 Dr. Friedrich Zimmermann, geb. 1925, kath., Rechtsanwalt, 1955 Hauptgeschäftsführer, 1956-1963 Generalsekretär der CSU, 1957-1990 MdB (CSU), 1979-1989 stellvertretender CSU-Vorsitzender, 1982-1989 Bundesinnenminister, 1989-1991 Bundesverkehrsminister.

47 Vgl. dazu ausführlich Konstanze Wolf, CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948-1960, Köln <sup>2</sup>1984.

48 Vgl. Mintzel, Geschichte, S. 131.

des Kanzlerwahlvereins zu befreien begann.<sup>49</sup> Hanns Seidel, der Hoffnungsträger der CSU, starb jedoch bereits 1961. Ihm folgte Franz Josef Strauß im Amt des Parteivorsitzenden nach, und damit wurde ein neues Kapitel in der Geschichte der CSU aufgeschlagen. Strauß behielt zwar den Kurs bei, den Seidel gesetzt hatte, doch forcierte er das Tempo und verlagerte den Schwerpunkt der politischen Arbeit von München nach Bonn.

In den ersten Jahren der Ära Strauß gelang es der CSU, fast alle bürgerlichen Konkurrenzparteien aufzusaugen oder aus dem Felde zu schlagen. Schon 1962 endete die parlamentarische Repräsentanz des BHE in Bayern, 1966 konnte die Bayernpartei nicht mehr in den Landtag einziehen, und auch die NPD gab zwischen 1966 und 1970 nur ein – erfreulich – kurzes Gastspiel im bayerischen Landtag. Einzig die FDP konnte sich länger halten, musste aber jedes Mal um den Einzug in den Landtag bangen. Die CSU stieß dagegen bei den Landtagswahlen von 1962 und 1966 in die Nähe der absoluten Mehrheit vor, ohne die 50-Prozent-Marke aber überspringen zu können.

Diese Erfolge der CSU sind um so bemerkenswerter, da sie vor dem Hintergrund eines dramatischen Strukturwandels in der Wirtschaft und Gesellschaft Bayerns gesehen werden müssen<sup>50</sup>. In den sechziger Jahren wandelte sich Bayern endgültig vom Agrar- zum Industrieland, und es war die CSU, die diesen Prozess durch eine moderne Strukturpolitik nicht nur zu steuern, sondern zu beschleunigen versuchte. Die traditionelle Anhängerschaft der CSU in Landwirtschaft, Handwerk und Kleinhandel verlor mehr und mehr an Bedeutung, ganz im Gegensatz zu den Arbeitern und Angestellten im expandierenden sekundären und tertiären Sektor der bayerischen Wirtschaft. Man könnte also vermuten, dass die CSU durch ihre Industrie- und Strukturpolitik den Ast absägte, auf dem sie saß, und die SPD von den Umschichtungen in der Erwerbsbevölkerung profitiert hätte. Doch dem war nicht so. Der SPD gelang es nicht, das Wasser des sozialen Wandels dauerhaft auf ihre Mühlen zu lenken. Die CSU konnte sich dagegen als Partei des Fortschritts profilieren. 1968 gab Franz Josef Strauß sogar die Parole aus: „Konservativ sein heißt an der Spitze des Fortschritts marschieren.“<sup>51</sup>

Ein Jahr später war die CSU jedoch in einer völlig neuen Situation. Denn nachdem in Bonn eine sozialliberale Koalition die Regierung übernommen hatte, musste sie sich erstmals seit 1949 mit der Oppositionsrolle begnügen. Damit hatte die CSU keinen privilegierten Zugriff auf die Ressourcen des Bundes mehr, von denen sie stets einen Teil für Bayern abgezweigt hatte, um dort den Strukturwandel zu fördern. Wie wichtig dieser Aspekt für die CSU war, zeigt schon ein Blick auf die Ressorts, die sie in Bonn bevorzugt besetzt hatte: die Ministerien für Post, Atomenergie und Verteidigung, über die sich moderne Technologie nach Bayern transferieren ließ<sup>52</sup>, oder das Landwirtschaftsministerium, um die negativen Folgen des Strukturwandels sozial abzufedern.

49 Vgl. Wulf Schönbohm, Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950-1980, Stuttgart 1985.

50 Vgl. Paul Erker, Keine Sehnsucht nach der Ruhr. Grundzüge der Industrialisierung in Bayern 1900-1970, in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), S. 480-511.

51 Zitiert nach Mintzel, Geschichte, S. 204.

52 Vgl. Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991, S. 353.

Die CSU verfolgte verschiedene Strategien, um ihre Position in Bayern abzusichern und in Bonn möglichst schnell für einen Regierungswechsel zu sorgen. Auf der bundespolitischen Ebene trat sie aggressiv als Speerspitze der Opposition auf, in Bayern eröffnete die CSU eine landespolitische Offensive, die jedoch in letzter Konsequenz eine bundespolitische Funktion hatte. Dem gesellschaftspolitischen Entwurf der sozialliberalen Koalition sollte ein modernes Bayern entgegengesetzt werden, wobei die CSU vor allem zeigen wollte, dass die Union nicht nur zu Reformen fähig war, sondern sogar über die besseren Reformkonzepte verfügte. Dieser Prozess ist geradezu ein Modell für eine Art „Modernisierung unter konservativen Auspizien“<sup>53</sup>. Die CSU setzte dabei zunehmend auf so widersprüchlichen Begriffspaare wie Tradition und Moderne, Konservatismus und Fortschritt oder Laptop und Lederhosen, um ihren programmatisch-politischen Horizont zu beschreiben. Die Symbiose von Tradition und Fortschritt<sup>54</sup> wurde zu einem zentralen Element der Selbstdarstellung und der Propaganda der CSU. Die Botschaft eines typischen Wahlplakats, das die futuristisch anmutende Erdfunkstelle im oberbayerischen Raisting vor dem Hintergrund der typischen Voralpenlandschaft zeigt und in Variationen bis in die jüngste Zeit Verwendung gefunden hat<sup>55</sup>, ist klar: Die CSU schafft das moderne Bayern und bewahrt zugleich Tradition und Kulturlandschaft.<sup>56</sup>

Anfang der siebziger Jahre begann die CSU auch, staatliche Symbole wie Löwe und Raute zu okkupieren. Ja, Löwe und Raute und der Schriftzug CSU wurden geradezu austauschbar. Damit profilierte sich die CSU als einzig legitime Vertreterin bayerischer Interessen, während der politische Gegner mit dieser Ikonographie seine liebe Not hatte. Die SPD sah sich schon 1970 gezwungen, die Wähler darauf hinzuweisen, dass Bayern „von der Natur und Generationen fleißiger Bewohner geschaffen“ worden sei und „nicht von der CSU, auch wenn sie so tut“<sup>57</sup>. Es war jedoch nicht nur geschickte Propaganda, die der CSU zum Erfolg verhalf. Der sozioökonomische Strukturwandel und der Ausbau der Infrastruktur auch in den ausgedehnten ländlichen Regionen Bayerns führten zu einer Verbesserung des Lebensstandards und der Lebenschancen für breite Bevölkerungsschichten. Wie groß der Anteil der CSU an diesem Aufschwung war, bliebe zu klären, seine politischen Früchte konnte die Partei aber allemal ernten. Bei der Landtagswahl von 1970 gewann die CSU 56,4 Prozent der Stimmen, vier Jahre später sogar 62,1 Prozent. Bis Ende der sechziger Jahre hatte es gedauert, um das bürgerlich-konservative Lager fast vollständig in der CSU zu sammeln. Bei den Wahlen von 1970 und 1974 gelangen der CSU aber auch tiefe Einbrüche in die Wählerschaft der

53 Christoph Kleßmann, Ein stolzes Schiff und krächzende Möwen. Die Geschichte der Bundesrepublik und ihre Kritiker, in: *Geschichte und Gesellschaft* 11 (1985), S. 476-494, hier S. 485.

54 Zur Bedeutung von gesellschaftspolitischen Leitbildern vgl. Detlev Ipsen, Thomas Fuchs, Die Modernisierung des Raumes – Blockierung und Öffnung. Raumbilder als historische Bedingung regionaler Entwicklung in Nordhessen und Oberbayern, in: 1999 Jg. 6 (1991), S. 13-33.

55 Abgedruckt in: *Geschichte einer Volkspartei*, S. 789.

56 Zur sozialen und politischen „Mächtigkeit von Symbolen“ vgl. die ausgewählten Beispiele bei Alf Mintzel, *Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg, Gewinner und Verlierer*, Passau 1999, S. 79-91.

57 SPD-Broschüre „Tür auf für den Fortschritt“ für die Landtagswahl 1970, teilweise abgedruckt in: *Geschichte einer Volkspartei*, S. 792.

SPD.<sup>58</sup> Während sich die SPD davon bis heute nicht erholt hat, stieg die CSU endgültig zur beherrschenden Kraft im politischen System Bayerns auf.

Die Erfolge der CSU in Bayern reichten aber nicht aus, um das Blatt in Bonn zu wenden. Nach der Bundestagswahl 1976 wuchsen vor allem bei Franz Josef Strauß Wut und Enttäuschung, dass die CDU nicht bereit oder nicht fähig war, das bayerische Modell zu kopieren. Doch sein Versuch, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Bundestag aufzulösen und die CSU zu einer bundesweit operierenden Partei zu machen, scheiterte an Bedenken in den eigenen Reihen und an der Drohung Helmut Kohls mit einem bayerischen Landesverband der CDU. Die Krise von 1976 zeigte der CSU, wo ihre Grenzen lagen: Als starke Regionalpartei blieb ihr bundespolitisch doch nur die Rolle des Juniorpartners der CDU.<sup>59</sup>

### III.

Mit der CSU-Dominanz Hand in Hand geht der Misserfolg der bayerischen SPD, oder ihre nach unten weisende „Leidensspirale“<sup>60</sup>, um den ehemaligen Landesvorsitzenden Rudolf Schöfberger<sup>61</sup> zu zitieren. Über die bayerische SPD wissen wir allerdings erheblich weniger als über die CSU; es scheint fast so, als hätte der Aufstieg der CSU das wissenschaftliche Interesse fast vollständig auf sich gezogen, während mit der Stagnation der bayerischen SPD auch eine Stagnation der SPD-Forschung verbunden gewesen ist.<sup>62</sup> Fünf Punkte sollen kurz angesprochen werden – die Wahlergebnisse der bayerischen SPD, ihre Parteiorganisation und ihr Parteiapparat, ihre gesellschaftliche Verankerung sowie psychologische und personelle Faktoren –, um wenigstens einige Schlaglichter auf die drängende Frage werfen zu können, was „falsch“ ist „mit Bayerns Sozialdemokraten“<sup>63</sup>.

58 Vgl. Mintzel, CSU, in: ders., Oberreuter (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik, S. 226-230.

59 Vgl. Mintzel, Geschichte, S. 397-414.

60 Zitiert nach Heinrich Oberreuter, Werner J. Patzelt, Abgeordnete zwischen Partei- und Persönlichkeits-orientierung. Zur „Leidensspirale“ der bayerischen SPD, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 18 (1987), S. 57-76, hier S. 60.

61 Dr. Rudolf Schöfberger, geb. 1935, Rechtsanwalt, 1966-1972 MdL (SPD), 1972-1994 MdB (SPD), 1985-1991 Vorsitzender der bayerischen SPD.

62 Zur bayerischen SPD vgl. Wolfgang Behr, Sozialdemokratie und Konservatismus. Ein empirischer und theoretischer Beitrag zur regionalen Parteianalyse am Beispiel der Geschichte und Nachkriegsentwicklung Bayerns, Hannover 1969; Peter Kritzer, Wilhelm Hoegner. Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten, München 1979; Hartmut Mehringer, Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie, München u.a. 1989; Hartmut Mehringer (Hg.), Von der Klassenbewegung zur Volkspartei. Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892-1992, München u.a. 1992; Susanne Koch, Parteien in der Region. Eine Zusammenhangsanalyse von lokaler Mitgliederpräsenz, Wahlergebnis und Sozialstruktur, Opladen 1994; Rainer Ostermann (Hg.), Freiheit für den Freistaat. Kleine Geschichte der bayerischen SPD, Essen 1994; Alf Mintzel, Strategie und Organisation. Sozio-strukturelle Schwächen von SPD und FDP in Bayern, in: Stefan Immerfall u.a., Parteien in Bayern. Vier Studien, Passau 1996, S. 103-176 (Passauer Papiere zur Sozialwissenschaft 15).

63 Werner J. Patzelt, Was ist falsch mit Bayerns SPD? Ergebnisse einer Umfrage unter bayerischen Abgeordneten, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 22 (1991), S. 59-88, hier S. 59.

Auch wenn die SPD in Bayern stets mit für sie schwierigen sozioökonomischen und soziokulturellen Bedingungen zu kämpfen hatte, war sie keinesfalls eine geborene Verliererin. Es wird oft vergessen, dass die bayerische Sozialdemokratie 1945 bis 1947 und 1950 bis 1957 in der Staatsregierung vertreten war und mit Wilhelm Hoegner<sup>64</sup> zweimal den Ministerpräsidenten stellte. 1950 konnte sie mit 28,0 Prozent der Stimmen sogar die Landtagswahl vor der CSU gewinnen, die in diesen Jahren einen „Kampf auf Leben und Tod“<sup>65</sup> mit der Bayernpartei ausfocht. 1954 und 1958 wurde die CSU zwar deutlich stärkste Partei im Landtag, aber auch die SPD konnte ihren Stimmenanteil leicht ausbauen. 1958 lag die CSU mit 45,6 Prozent fast 15 Punkte vor der SPD, die mit 30,8 Prozent jedoch ihr bis dahin bestes Nachkriegsergebnis erzielt hatte.<sup>66</sup> Die folgenden Landtagswahlen 1962 und 1966 gaben den Sozialdemokraten zu der Hoffnung Anlass, es könne gelingen, den Abstand zur CSU allmählich zu verringern. Während die Regierungspartei zweimal bei dem Versuch scheiterte, die absolute Mehrheit der Wählerstimmen zu erreichen, konnte die SPD 1966 35,8 Prozent gewinnen. Zwischen CSU und SPD lagen damit „nur“ noch etwas mehr als 12 Punkte; näher sollte die Sozialdemokratie allerdings an die Union in Bayern nie mehr herankommen. Einen tiefen Einschnitt bedeutete die Landtagswahl von 1970. Die SPD verlor zwar nur 2,5 Prozent der Stimmen, die CSU errang aber mit 56,4 Prozent einen deutlichen Wahlsieg und konnte ihr bisher bestes Ergebnis bei Landtagswahlen verbuchen. Zunächst sah es so aus, als sei dieses Resultat nicht mehr als ein Schönheitsfehler, da die bayerische SPD bei der Bundestagswahl von 1972 mit 37,8 Prozent ihr bestes Ergebnis überhaupt erzielte (CSU: 55,1 Prozent). Alle optimistischen Zukunftserwartungen wurden jedoch bitter enttäuscht. Der Stimmenanteil der SPD bröckelte in den siebziger und achtziger Jahren mehr und mehr ab, bis bei der Landtagswahl 1990 mit 26 Prozent der Stimmen der absolute Tiefpunkt erreicht war (CSU: 54,9 Prozent).

Die Gründe für den – gebremsten – Erfolg der SPD in den sechziger Jahren sind ebenso vielfältig wie die für ihre Negativbilanz in den folgenden Dekaden. Zu nennen ist neben der effektiven Arbeit des politischen Gegners, die seit Ende der sechziger Jahre mehr und mehr Früchte trug, der vorsichtige Dialog zwischen SPD und katholischer Kirche im Zeichen des Zweiten Vatikanischen Konzils<sup>67</sup> und sein Scheitern Anfang der siebziger Jahre. Gerade in Bayern, einem stark katholisch geprägten Bundesland, musste der missglückte Versuch, mit der katholischen Kirche zu einem gedeihlichen *modus vivendi* zu kommen, schwerwiegende

64 Dr. Wilhelm Hoegner (1887-1980), Jurist, 1924-1932 und 1933 MdL (SPD), 1930-1933 MdR (SPD), nach 1933 Emigration, 1945/46 und 1954-1957 bayerischer Ministerpräsident, 1946/47 Vorsitzender der bayerischen SPD, 1946-1970 MdL (SPD), 1946/47 bayerischer Justizminister, 1950-1954 bayerischer Innenminister, 1958-1962 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1961/62 MdB (SPD), 1962-1970 Vizepräsident des bayerischen Landtags.

65 So Konrad Adenauer: Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 1.9.1949, in: Auftrakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949, bearb. von Udo Wengst, Düsseldorf 1985, S. 143.

66 Ein Vergleich der Wahlergebnisse von CSU und SPD bei Landtags- und Bundestagswahlen findet sich bei Mintzel, CSU-Hegemonie, S. 131.

67 Vgl. Thomas Brehm, SPD und Katholizismus – 1957 bis 1966. Jahre der Annäherung, Frankfurt am Main 1989, hier vor allem S. 63-80.

Konsequenzen haben.<sup>68</sup> Zu nennen ist auch der selbstzerstörerische Konflikt zwischen dem sozialdemokratischen Parteiestablishment und den dezidiert linken Jungsozialisten, der die bayerische SPD auf allen Ebenen lähmte<sup>69</sup>, potentielle Wähler gerade in den ländlichen Regionen Bayerns verschreckte und zur Demontage von Hoffnungsträgern wie Hans-Jochen Vogel<sup>70</sup> und Georg Kronawitter<sup>71</sup> beitrug. Die bayerische SPD scheint sich nie mehr ganz von diesen innerparteilichen Auseinandersetzungen erholt zu haben, die bei vielen Protagonisten tiefe Wunden hinterlassen hat. Wie Alf Mintzel gezeigt hat, wirkte sich offensichtlich auch der Bonner Regierungswechsel von 1969 destabilisierend auf die bayerische SPD aus.<sup>72</sup> Die sozialliberale Koalition konnte den Genossen im Freistaat keine positiven Impulse geben. Es war im Gegenteil die CSU, die ihre Wähler und Mitglieder durch die polarisierenden Kontroversen auf dem Feld der Außen-, Rechts- und Gesellschaftspolitik in bislang nicht gekanntem Ausmaß zu mobilisieren vermochte.

Die CSU ging zwar aus den Wahlen zumeist als Siegerin hervor, die SPD hatte jedoch lange Zeit erheblich mehr Mitglieder als die bayerische Unionspartei. 1960 waren 99.973 Frauen und Männer bei der SPD eingeschrieben, bei der CSU gerade einmal 52.501. Während die bayerische SPD ihr zahlenmäßiges Gewicht jedoch nicht in Wahlerfolge ummünzen konnte und trotz ihrer vielen Mitglieder nur wenige zugkräftige Persönlichkeiten hervorbrachte, gelang es der CSU, durch intensive Werbekampagnen zunehmend, ihre Wähler auch als Mitglieder zu gewinnen. 1970 standen 119.662 bayerischen Sozialdemokraten schon 93.220 CSU-Mitglieder gegenüber, und 1975 konnte die CSU erstmals einen höheren Mitgliederstand (132.593) melden als die bayerische SPD (130.396). In den folgenden Jahren ging die Schere immer weiter auseinander. 1996 hatte sich die Mitgliederzahl der bayerischen SPD auf 99.771 verringert und war auf den Stand von 1960 zurückgefallen; mit 179.312 Mitgliedern hatte die CSU die sozialdemokratische Konkurrenz auch auf diesem Feld weit überflügelt.<sup>73</sup>

68 Vgl. Mintzel, CSU-Hegemonie, S. 130-137.

69 So antwortete ein führender Sozialdemokrat aus dem Bezirk Südbayern auf die Frage einer Genossin aus Baden-Württemberg nach der Situation in Bayern: „Die Beantwortung Deines Schreibens [...] macht mir einiges Kopfzerbrechen, denn es müsste eigentlich ein vielseitiger Brief werden. Auf der anderen Seite könnte ich es auch kurz machen und sagen, bei der CSU ist eben jetzt die Aktivität eingekehrt, die bei uns durch die wohlbekannten Um- und Zustände verloren gegangen ist.“ Archiv der Sozialen Demokratie (=ASD), SPD-Bezirk Südbayern I/185, Max Allmer an Lotte Ruggaber vom 12.1.1976.

70 Dr. Hans-Jochen Vogel (geb. 1926), Jurist, 1960-1972 Oberbürgermeister von München, 1972-1981 und 1983-1994 MdB (SPD), 1972-1977 Vorsitzender der bayerischen SPD, 1972-1974 Bundesminister für Raumordnung, Städtebau und Bauwesen, 1974-1981 Bundesjustizminister, 1981 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1983-1991 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1983-1991 SPD-Vorsitzender.

71 Georg Kronawitter (geb. 1928), Lehrer, 1966-1972 und 1994-1998 MdL (SPD), 1972-1978 und 1984-1993 Oberbürgermeister von München.

72 Vgl. Mintzel, CSU-Hegemonie, S. 174 f.

73 Zahlen nach ebenda, S. 66 und S. 176; das folgende nach ebenda, S. 63 und S. 186 f.

Während die SPD in Bayern weitgehend auf ihre alten Hochburgen um die Industrie-, Verwaltungs- und Dienstleistungszentren in Oberbayern, Schwaben, Mittelfranken und Nordost-Oberfranken begrenzt blieb, entwickelte sich die CSU zu einer gesamt-bayerischen Partei, der es seit den sechziger Jahren mehr und mehr gelang, in den Stammländern ihres wichtigsten politischen Gegners Fuß zu fassen. 1985 verfügte die CSU in den 2050 politischen Gemeinden Bayerns über rund 2900 Ortsverbände und war damit in fast allen Kommunen präsent.<sup>74</sup> Die SPD konnte dagegen nur 1283 Ortsvereine aufbieten, was einem Organisationsgrad von 62,59 Prozent entspricht. Das wahre Ausmaß der Misere zeigt jedoch erst ein Blick auf die Situation der SPD in den sieben Regierungsbezirken des Freistaats. In Oberfranken war die SPD in 84,58 Prozent der politischen Gemeinden mit einem Ortsverein vertreten, in der Oberpfalz betrug der Organisationsgrad immerhin noch 72,44 Prozent, in Unterfranken 70,68 Prozent, in Niederbayern 67,05 Prozent und in Mittelfranken 61,90 Prozent, wobei der gesamte westliche Teil dieses Regierungsbezirks schon zur sozialdemokratischen Diaspora zählt. In Oberbayern gab es Mitte der achtziger Jahre nur in 57,92 Prozent der Gemeinden einen Ortsverein, die größten Probleme hatte die SPD jedoch in Schwaben, wo der Organisationsgrad gerade einmal 38,57 Prozent betrug. In diesen – oft ländlichen – Regionen Bayerns gehen die fehlende Präsenz vor Ort und der ausbleibende Wahlerfolg offensichtlich seit langem eine für die SPD unheilvolle Allianz ein.

Die CSU konnte der SPD aber nicht nur beim Ausbau der Parteiorganisation den Rang ablaufen. Mindestens ebenso schwer wiegen die Ungleichgewichte bei der Parteiverwaltung von SPD und CSU. Die bayerische Unionspartei hat schon 1955 damit begonnen, ihre Parteizentrale auszubauen und Bayern mit einem immer dichteren Netz an gut ausgestatteten, leistungsfähigen Geschäftsstellen zu überziehen. Die SPD, die anfangs von der CSU um ihren Parteiapparat beneidet wurde<sup>75</sup>, konnte auch hier nicht Schritt halten. Mitte der achtziger Jahre waren in der zentralen Parteiverwaltung der CSU 85 Mitarbeiter beschäftigt, in der Parteizentrale der SPD dagegen nur 12, auf Bezirksebene standen 70 hauptamtlichen Angestellten der CSU 15 der SPD gegenüber; insgesamt hat Alf Mintzel bei der personellen Organisationsstärke der beiden Parteien ein Verhältnis von 3,8:1 zugunsten der CSU errechnet.<sup>76</sup> Damit hat die bayerische Unionspartei einen kaum einholbaren Vorsprung bei der Mobilisierung ihrer Mitglieder, der Vorbereitung von Kampagnen und der Information ihrer Funktions- und Mandatsträger. Die SPD ist sich dieser Defizite mehr und mehr bewusst geworden. Die große Organisationsreform von 1991, die nicht zuletzt disfunktionale Gebietsabgrenzungen beseitigen und den Landesverband stärken sollte<sup>77</sup>, scheint aber verpufft zu sein.

74 Dass die CSU über wesentlich mehr Ortsverbände verfügte als Bayern politische Gemeinden zählte, lag daran, dass bestehende Organisationen im Zuge der Gebietsreform nicht aufgelöst oder verschmolzen wurden.

75 BayHStA, NL Ehard 102, Aktennotiz und Protokoll über die Tagung der Bezirksvorsitzenden am 28.10.1949 vom 11.11. bzw. vom 7.11.1949.

76 Vgl. dazu Mintzel, Strategie und Organisation, in: Immerfall u.a., Parteien in Bayern, S. 154-160.

77 Vgl. Leo Hausleiter, Krise oder Aufbruch? Die bayerische SPD von 1990 bis zur Gegenwart, in: Ostermann (Hg.), Freiheit für den Freistaat, S. 173-192, hier S. 179 f.

Die jahrzehntelange Alleinherrschaft der CSU ließ in Bayern ein Machtgeflecht aus Partei, Bürokratie, Unternehmern, Gewerkschaften und Kirchen entstehen, in dem die CSU den Ton angibt. Dieses Machtgeflecht, das allen Beteiligten Vorteile bringt, sichert der CSU Ressourcen und Einflussmöglichkeiten, die der SPD nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. Gleichwohl ist die SPD ein Teil dieses Machtgeflechts; überspitzt könnte man sagen, dass die CSU die Opposition durch eine begrenzte Beteiligung an der Macht pazifiziert hat. Die CSU ist nicht zuletzt deshalb so tief in der bayerischen Gesellschaft verankert, weil sie das politische Vorfeld seit langem gründlich beackert hat. Die SPD hat hier erhebliche Defizite. Ihr Verhältnis zum noch immer einflussreichen Bayerischen Bauernverband ist traditionell schlecht, auch hat sich die Partei selten um einen ernsthaften Dialog mit der katholischen Kirche bemüht. Es scheint so, als fehle es der SPD an der Strategie und am Gespür, um in die Risse einzusickern, die sich im CSU-dominierten Machtgeflecht immer wieder zeigen. Die bayerische SPD ist offensichtlich „im eigenen Milieu steckengeblieben“<sup>78</sup>; Werner Patzelt hat sogar den Verdacht geäußert, sie „hege ein pathologisch binnengefixiertes Kommunikationssystem“<sup>79</sup>, das zwar „eine recht kohärente Parteikultur“ absichere, aber kaum geeignet sei, darüber hinaus Mitglieder zu werben oder Wähler zu gewinnen und so der CSU besser Paroli bieten zu können.

Von erheblicher Bedeutung für die „Leidensspirale“ der bayerischen Sozialdemokratie scheinen auch psychologische Faktoren zu sein. Der CSU haftet der Nimbus des Erfolgs und der Unbesiegbarekeit an, der SPD aber ein hartnäckiges Verliererimage, das selbst aktive SPD-Mitglieder nach kurzer Zeit zu lähmen droht. Unter diesen Bedingungen gelang es nur wenigen bayerischen Sozialdemokraten, sich als ernstzunehmende Gegner der Mehrheitspartei zu profilieren.<sup>80</sup> Seit dem Rückzug Waldemar von Knoeringens<sup>81</sup> aus der Führung der bayerischen SPD Anfang der sechziger Jahre hat die Partei offensichtlich ein Führungsproblem. Zudem musste die SPD im Freistaat immer befürchten, ihre besten Köpfe an die Bundespartei zu verlieren; das prominenteste Beispiel für diesen „brain drain“ dürfte die Karriere von Hans-Jochen Vogel sein, dem Hoffnungsträger der weiß-blauen Sozialdemokratie, der nach zermürbenden Auseinandersetzungen 1972 in die Bundespolitik wechselte. Die CSU hatte dagegen das Glück, immer wieder auf populäre Zugpferde zurückgreifen zu können, die in der Lage waren, die Partei auch einmal aus einem Tief zu führen. Eine vernichtende Bilanz, die mehr über innerparteiliche Frontstellungen und Selbstperzeptionen als über die reale Situation der bayerischen Sozialdemokratie aussagt, zog vor wenigen Monaten der junge SPD-Bundestagsabgeordnete Christoph Moosbauer, der 1998 nach einem aufsehenerregenden Wahlkampf der CSU ein Direktmandat in München abjagen konnte. Moosbauer erklärte ebenso polemisch wie ungerecht in einem Interview:

78 Oberreuter, Patzelt, Abgeordnete zwischen Partei- und Persönlichkeitsorientierung, S. 59.

79 Patzelt, Was ist falsch mit Bayerns SPD, S. 75.

80 Vgl. Mintzel, CSU-Hegemonie, S. 121-125 und S. 128 f.

81 Waldemar von Knoering (1906-1971), Bibliothekar, seit 1926 SPD-Mitglied, nach 1933 Emigration, 1946-1970 MdL (SPD), 1947-1963 Vorsitzender der bayerischen SPD, 1949-1951 MdB (SPD), 1950-1958 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1958-1962 stellvertretender SPD-Vorsitzender.

„Wir haben gerade auf dem Land das Problem, dass jeder, der [...] ein Sonderling ist, in der SPD eine Heimat findet. Er darf zwar nicht mit am Stammtisch hocken, aber einmal im Monat geht er in die Ortsvereinsversammlung, da darf er auch im Wirtshaus mitschnabeln [...]. Ich sage dazu, SPD ist eine Abkürzung für ‚Sozialpädagogischer Dienst‘. Weil diese Menschen dann auch auf der Gemeinderatsliste stehen, geht von der SPD wenig Attraktivität bei Wahlen aus. [...] Es ist nicht so, dass ich dafür plädiere, Menschen, die soziale Probleme haben, nicht in die Partei aufzunehmen. Das ist eine wichtige Funktion. Aber eben nicht nur. Wir brauchen Anknüpfungspunkte mit Leuten, die auch gesellschaftlich respektiert werden. [...] Die Partei muss aus der Haltung des Verfolgten, der die Einstellung vertritt, je unterdrückter man ist, desto besser, herauskommen. Ich habe das ja bei mir selbst erlebt. Klar freuen sich erst mal alle, dass ich ein Direktmandat gewonnen habe. Aber dann hieß es bei den bayerischen Jusos gleich wieder: ‚Ja, das hat er aber nur, weil er rechte Themen aufgegriffen hat.‘ [...] Mit einem linksdogmatischen Haufen, der Themen besetzt, für die es in der Öffentlichkeit Prügel gibt, nur damit er sich schlecht fühlen und sich als Verfolgter darstellen kann, kann ich keine Politik machen. Da muss ich wissen: Will ich Wahlen gewinnen und Politik machen, oder will ich Kern einer Selbsterfahrungsgruppe für Leute sein, denen es eigentlich gar nicht so recht ist, in einer Demokratie zu leben, weil sie da nicht richtig unterdrückt werden.“<sup>82</sup>

#### IV.

Abschließend scheint es geboten, nach Desideraten und Perspektiven der Forschung zu fragen. Von besonderem Interesse sind dabei Themenkomplexe, die sich nicht ausschließlich auf die CSU beziehen, sondern geeignet sind, die Geschichte der CSU stärker als bisher als Teil der Geschichte des deutschen Parteiensystems und als Teil der Geschichte der Union zu begreifen. Ein solcher Ansatz könnte es ermöglichen, die Geschichte der CSU aus ihrer vielleicht nur scheinbaren Singularität herauszulösen, angebliche Sonderwege kritisch zu hinterfragen und sowohl Besonderheiten als auch Parallelenentwicklungen durch den historischen Vergleich besser fassbar zu machen. In diesem Sinne wären Studien zu Parteiorganisation, Parteiapparat, Führungspersonal und politischer Programmatik von CDU und CSU lohnend, und zwar sowohl auf zentraler als auch auf regionaler Ebene. Ansätze dafür bieten Arbeiten von Winfried Becker<sup>83</sup> und Werner Burger<sup>84</sup>, quellengesättigte systematische Längsschnitte lassen aber bisher auf sich warten.

Interessante Vergleichspunkte könnten sich auch zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen<sup>85</sup>, insbesondere zwischen der CSU und der nordrhein-westfälischen SPD ergeben, und zwar vor allem dann, wenn man den Prozess der politischen Hegemonialisierung in den Blick nimmt, der in beiden Bundesländern zeitweise parallel zu verlaufen schien, und nach den da-

82 Interview: SPD – „Das ist nicht einmal mehr eine lahme Ente. Das ist gar nichts“, in: BISS 9/1999, S. 8 f.

83 Vgl. Winfried Becker, CDU und CSU 1945-1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei, Mainz 1987, S. 77-88.

84 Vgl. Werner Burger, Die CDU in Baden-Württemberg und die CSU in Bayern. Eine vergleichende Analyse, Freiburg 1984.

85 Mehrere vergleichend angelegte Untersuchungen zu Themen wie Krisenmanagement, Geschichtspolitik und politische Symbolik wird der Sammelband mit dem Arbeitstitel „Bayern im Bund“ enthalten, der zur Zeit von Hans Woller und Thomas Schlemmer im Institut für Zeitgeschichte vorbereitet wird.

hinterstehenden Strategien und Mechanismen fragt. Die Stiftung neuer Traditionen und die Besetzung von Begriffen oder Symbolen dürften im Süden wie im Westen der Republik – wenn auch unter anderen Vorzeichen – für die Errichtung einer dauerhaften politisch-kulturellen Vorherrschaft von erheblicher Bedeutung gewesen sein. Stefan Goch hat für Nordrhein-Westfalen die „geschickte Inszenierung eines Landesbewusstseins“ konstatiert<sup>86</sup>; in Bayern war dieses Bewusstsein zwar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – zumal südlich der Donau – fast im Übermaß vorhanden, es musste der CSU aber erst einmal gelingen, die verschiedenen Strömungen (staats-)bayerischer Identität für sich zu vereinnahmen. Die CSU hat dabei seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre mit Erfolg auf eine Mischung von moderner Strukturpolitik und konservativer Heimatpolitik gesetzt, um den Strukturwandel Bayerns zu forcieren, traditionelle soziale oder kulturelle Bindungen aber zu erhalten und in ihrem Sinne zu instrumentalisieren. Es wäre vermutlich aufschlussreich zu untersuchen, ob die Bemühungen um die Inszenierung und Implementierung einer spezifischen Identität und ihre (partei-) politische Vereinnahmung bei den Nachbarn zur Kenntnis genommen wurde, ob bestimmte Strategien adaptiert wurden oder ob derartige Prozesse autochthon und unabhängig voneinander abliefen.

Um die Sozialdemokratisierung des Ruhrgebiets und damit die Transformation Nordrhein-Westfalens vom Stammland der Union zur Hochburg der SPD zu erklären, greift die Forschung immer wieder auf das Modell der „basisnahen Stellvertretung“ zurück. Damit ist ein „regionsspezifisches Politikmuster“ gemeint, „worin sozialdemokratischen Eliten aus gewerkschaftlichen, kommunalpolitischen und parteipolitischen Multifunktionären die zentrale Rolle der Vermittlung zwischen Arbeiterleben und Ökonomie, Politik und Gesamtgesellschaft zukam“<sup>87</sup>. Auch wenn es auf den ersten Blick weit hergeholt zu sein scheint, könnte die Frage zu neuen Einsichten führen, inwieweit sich Elemente dieses Politikmusters auch im Prozess der Hegemonialisierung Bayerns durch die CSU wiederfinden lassen. Schließlich scheint sich auch die Arbeit vieler christsozialer Funktions- und Mandatsträger durch pragmatisches Handeln im Sinne von „materiellen[n] Vertretungsdienstleistungen“ für ihre Klientel<sup>88</sup> und auch darüber hinaus auszuzeichnen. Der CSU fehlten zwar die Gewerkschaften, die im Ruhrgebiet als „Durchgangsschleuse oder Durchlauferhitzer für die SPD“ fungierten – das Verhältnis der bayerischen Unionspartei zum Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Einzelgewerkschaften ist traditionell eher schlecht<sup>89</sup> – es stellt sich jedoch die Frage, ob gerade in den kleinräumigen ländlichen Regionen Bayerns nicht die zahlreichen Kommunalpolitiker der CSU diese

86 Stefan Goch, „Der Ruhrgebietler“ – Überlegungen zur Entstehung und Entwicklung regionalen Bewusstseins im Ruhrgebiet, in: Westfälische Forschungen 47 (1997), S. 585-620, hier S. 610.

87 Ebenda, S. 610f.; vgl. auch Bernd Faulenbach, Der SPD-Bezirk Westliches Westfalen von 1949 bis 1969, in: ders., Günther Högl, Karsten Rudolph (Hg.), Vom Außenposten zur Hochburg der Sozialdemokratie. Der SPD-Bezirk Westliches Westfalen 1893-1993, Essen 1993, S. 210-221.

88 So definiert Rainer Bovermann, Das „rote“ Rathaus. Die Sozialdemokratisierung des Ruhrgebiets am Beispiel Dortmund 1945-1964, Essen 1995, S. 30, das Politikmodell der basisnahen Stellvertretung; das folgende Zitat ebenda.

89 Vgl. Karl Jörg Wohlhüter, Die CSU. Der linke Flügel lahmt, in: Peter Josef Bock u.a. (Hg.), Im Prinzip sozial. Die großen Parteien und die Arbeitnehmer, Hannover 1976, S. 87-105.

Funktion übernahmen, und zwar im Verein mit von ihnen dominierten Ämtern und Behörden, Organisationen der mittelständischen Wirtschaft sowie einem Netz von Verbänden, die der Union nahestanden und wie der Bayerische Bauernverband und die Vielzahl sozialpolitisch engagierter katholischer Laienorganisationen gerade im ländlichen Raum tief verankert waren. Dieses Netz hat seine Bedeutung offenbar auch im Verlauf der Erschließung und Industrialisierung des Landes nicht vollständig verloren; das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass Arbeiter in ländlich-agrarischen Regionen Bayerns noch in den achtziger Jahren ein anderes Wahlverhalten an den Tag legten als ihre Kollegen in den urbanen Zentren des Freistaats.<sup>90</sup>

Forschungsstrategisch weist dieser Befund einer weiteren Frage den Weg: Welche Bedeutung hatten die Persistenz und die Erosion sozialer Milieus<sup>91</sup> für den Aufstieg der CSU? Die Union ist in Bayern seit ihrer Gründung eine Milieupartei, nämlich die Partei des katholischen Milieus, gewesen. Nicht umsonst wurde der Bamberger Erzbischof Joseph Otto Kolb Ende 1945 mit den Worten zitiert: „Die CSU ist unsere Partei.“<sup>92</sup> Aber auch wenn die CSU wie die CDU nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst in erheblichem Maße an die personelle und programmatische Hinterlassenschaft des politischen Katholizismus der Weimarer Republik anknüpfte<sup>93</sup>, so war sie doch von Anfang an mehr als eine Fortsetzung der BVP mit anderen Mitteln. Der Weg zur Überwindung der Milieugrenzen, die zwar politischen Erfolg versprachen, aber eben nur in einem bestimmten Rahmen, und zu echter Interkonfessionalität war weit. Über das spannungsreiche Verhältnis von Katholiken und Protestanten in der CSU wissen wir jedoch bislang wenig. Das ist um so bedauerlicher, als konfessionell motivierte Konflikte vor allem in den fünfziger und frühen sechziger Jahren keine Seltenheit waren und immer wieder das Fundament der Union zu gefährden drohten.<sup>94</sup> Die Strategien und Kompromisse, die dazu führten, dass diese Auseinandersetzungen beigelegt wurden und die lange zögernden Protestanten an die Union gebunden werden konnten<sup>95</sup>, liegen jedoch ebenso wie die Beziehungen zwischen der CSU und der katholischen und der evangelischen Kirche<sup>96</sup>

90 Vgl. Koch, *Parteien in der Region*, S. 275.

91 Der Begriff wird hier gebraucht im Sinne der Definition von M. Rainer Lepsius, *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: ders., *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993, S. 25-50, hier S. 38.

92 Walter L. Dorn, *Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlass*, hrsg. von Lutz Niehammer, Stuttgart 1973, S. 68.

93 Vgl. Franz Walter, *Milieus und Parteien in der deutschen Gesellschaft. Zwischen Persistenz und Erosion*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 46 (1995), S. 479-493, hier S. 491.

94 Beispiele bei Norbert Trippen, *Interkonfessionelle Irritationen in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland*, in: Karl Dietrich Bracher u.a. (Hg.), *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*, Berlin 1992, S. 345-377.

95 Vgl. Frank Bösch, „Zu katholisch“: Die Durchsetzung der CDU und das schwierige Zusammengehen der Konfessionen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Tobias Dürr, Franz Walter (Hg.), *Solidargemeinschaft und fragmentierte Gesellschaft: Parteien, Milieus und Verbände im Vergleich. Festschrift zum 60. Geburtstag von Peter Lösche*, Opladen 1999, S. 395-418; Schlemmer, *Aufbruch*, S. 412-431; Grypa, *Zur innerkirchlichen Diskussion*, in: Flachenecker, Littger (Hg.), *Beiträge*, S. 531-576.

96 Für die frühen fünfziger Jahre vgl. Michael Renner, *Nachkriegsprotestantismus in Bayern. Untersuchungen zur politischen und sozialen Orientierung der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayerns und ihres Landesbischofs Hans Meiser in den Jahren 1945-1955*, München 1991.

weitgehend im Dunkeln. Man kann vermuten, dass die schleichende Erosion der sozialen Milieus, die in den sechziger Jahren in einen manifesten Zerfallsprozess mündete, für die CSU eine große Gefahr, aber auch eine große Chance bedeutete. Eine Gefahr, weil die Vorherrschaft in bestimmten Wählerschichten bedroht war, und eine Chance, weil die CSU damit mehr Möglichkeiten hatte als bisher, in den Hochburgen der politischen Gegner Fuß zu fassen. Der Erfolg der Union in Bayern resultierte daraus, dass es ihr gelang, die mit dem Zerfall der sozialen Milieus verbundenen Chancen zu nutzen, die Gefahren aber abzuwenden. Dabei kam es der CSU besonders entgegen, dass das für Bayern so wichtige katholische Milieu zwar erheblich an Bedeutung verloren hat, aber – wenn auch stark in der Defensive – in der „Dimension eines Konfessionsmilieus mit mehr oder weniger verdeckten politischen Orientierungen“ fortbesteht.<sup>97</sup>

Alf Mintzel und Stefan Immerfall haben die These vertreten, der CSU sei es gelungen, „im Prozess der Lockerung der traditionellen Netzwerke und Geflechte“ des katholischen Sozialmilieus „und im Prozess der allmählichen Entkoppelung von überkommenen kirchlichen Autoritäten [...] an der Basis neue Vernetzungen und Geflechte herzustellen“, durch „vielfältige neue organisatorische Vernetzungen ein parteinahes gesamt-bayerisches Sozialmilieu“ aufzubauen und „modernes organisationspolitisches Parteimanagement mit neuen Honoratioren-Strukturen“ zu verbinden.<sup>98</sup> Die empirische Überprüfung dieser These bleibt eine anspruchsvolle Aufgabe der Forschung, ebenso die Frage, ob sich Parallelen in anderen Ländern der Bundesrepublik finden lassen, die sich geradezu aufdrängt.

Ein neues Projekt des Institut für Zeitgeschichte beschäftigt sich unter dem Leitthema „Gesellschaft und Politik in Bayern 1949 bis 1973“ unter anderem mit derartigen Problemkomplexen.<sup>99</sup> Anknüpfend an die Projekte zur Geschichte Bayerns in der NS-Zeit und zur Geschichte der amerikanischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1949 soll der Versuch gemacht werden, die Interdependenz von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne einer politischen Sozialgeschichte zu erfassen und am Beispiel überschaubarer Räume zu veranschaulichen. Im Kern setzt sich das neue Bayern-Projekt mit zwei Problemkomplexen auseinander: mit der Frage nach der politischen Steuerung und Steuerbarkeit des sozioökonomischen Strukturwandels der fünfziger und sechziger Jahre<sup>100</sup> und mit der Frage nach den Auswirkungen dieser Veränderungsprozesse auf ausgewählte gesellschaftliche Gruppen und soziale Milieus. Jaromír Dittmann-Balcar beschäftigt sich anhand von elf Landkreisen mit der

97 Klaus Tenfelde, Historische Milieus – Erbllichkeit und Konkurrenz, in: Manfred Hettling/Paul Nolte (Hrsg.), Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays, München 1996, S. 247-268, hier S. 263.

98 Stefan Immerfall, Alf Mintzel, Ergebnisse und Perspektiven der Forschung zur Parteienlandschaft in Bayern, in: Maximilian Lanzinner, Michael Henker (Hg.), Landesgeschichte und Zeitgeschichte. Forschungsperspektiven zur Geschichte Bayerns nach 1945, Augsburg 1997, S. 13-28, hier S. 15.

99 Vgl. Thomas Schlemmer, Gesellschaft und Politik in Bayern 1949-1973. Ein neues Projekt des Instituts für Zeitgeschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 312-325.

100 Dieser Frage werden vor allem Stefan Grüner mit seiner Studie über die Wirtschafts- und Strukturpolitik in Bayern und der Sammelband mit dem Arbeitstitel „Die Erschließung des Landes“ nachgehen, den Hans Woller und Thomas Schlemmer zur Zeit vorbereiten.

gleichsam im Windschatten der Moderne liegenden ländlichen Gesellschaft Bayerns; er untersucht unter anderem die Zusammensetzung basisnaher politischer Funktionseliten und die Durchdringung des ländlichen Raums durch die politischen Parteien. Dietmar Süß erforscht die Geschichte der Arbeiterschaft und des sozialdemokratischen Milieus am Beispiel der alten Industrielandkreise Burglengenfeld und Sulzbach-Rosenberg in der Oberpfalz, einem katholisch-agrarischen Stammland der CSU. Ich befasse mich mit den Folgen des Strukturwandels am Beispiel der Boom-Region Ingolstadt und frage unter anderem danach, warum es der SPD nicht gelungen ist, aus der Überformung einer eher ländlichen Region durch die Großindustrie dauerhaft Kapital zu schlagen und warum nach einem kurzen sozialdemokratischen Frühling in den sechziger Jahren die CSU auch hier die dominante politische Kraft geblieben ist. Wenn dieses Projekt abgeschlossen ist, wissen wir hoffentlich auch mehr über den Weg der CSU zur Hegemonialpartei und über die Degeneration der politischen Konkurrenz in Bayern.